

Neu-Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Feinbretter: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Banverein Artern.

Nr. 29

Sonnabend, den 7. März 1931.

44. Jahrgang

„Landtagsauflösung“

Stahlhelm-Volksgesetz in Preußen zugelassen.

Berlin, 6. März.

Der Stahlhelm teilt mit: Auf den vom Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, durch über 42 000 Stimmberechtigte gestellten Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zwecks Auflösung des preussischen Landtages hat der preussische Minister des Innern, Seeger, dem ersten Bundesführer des Stahlhelm, Frau Selbe, unter dem 4. März 1931, mitgeteilt, daß er die Auslegung von Eintragungslisten für ein Volksbegehren „Landtagsauflösung“ bei den Gemeindebehörden zugelassen hat.

Die Bekanntmachung der Zulassung wird am 10. März im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht. Landeswahlleiter ist der Präsident des Preussischen Staatlichen Landesamtes, Hofmeister Oberregierungsrat Dr. Saenger, sein Stellvertreter der Bispräsidium dieses Amtes, Dr. Speiser.

Deutscher Reichstag

Wirth im Sturm der Opposition

Berlin, 5. März.

Zu Beginn der Reichstags-Sitzung am Donnerstag forderte Abg. Codel (Komm.) die sofortige Beratung eines Antrags, der sich gegen den Lohnabbau bei Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiten wendet und Lohnhöheverlangt. Der forlängeren Beratung des Antrags wird widersprochen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Haushalts des Reichsinnenministeriums.

Abg. Schmid-Düffeldorf (D. Vp.) betont, daß die politische Gesamtsituation des Innenministeriums Dr. Wirth mit den Maßnahmen der Deutschen Volkspartei keineswegs übereinstimme.

Wenn die Partei in diesem Augenblicke die politischen Konsequenzen daraus nicht zieht, dann ließe dafür die Reichstagsauflösung die politische Lage und die Personalität des Reichsinners maßgebend.

dem sie legend verminderte Schwerepunkte herausgehoben wüßte. Der Thüringer Reichstagsabgeordnete hat zu einer nur mühsam überfüllten Niedersitzung des Ministers geführt. Wegen ein ähnliches Vorgehen in Braunschweig habe die Volkspartei rechtzeitig beim Reichstag intervenieren müssen. Andererseits habe der Minister bei der Aufstellung gewisser Vorkommnisse in der preussischen Polizei außerordentliche Zurückhaltung beobachtet. Dr. Wirth wendet sich dann gegen den Wahlreformentwurf des Ministers, der ein völlig unzulänglicher und einseitiger Vorschlag sei.

Eine wirkliche Wahlreform liege in den Grundfragen des Wahlalters und des Verhältniswahlsystems nicht vorübergehend. Praktisch laufe der Entwurf auf eine Manipulation der bürgerlichen Mitte hinaus.

die nicht im Selbstinteresse liege und von der Deutschen Volkspartei entschieden bekämpft werde. Der Redner verlangt, daß der kommunisierende Vorschlag nachdrücklich entgegengehalten werde. Zum Nationalsozialismus erkläre er, daß man die glückende nationale Selbstbehauptung und die Ideen Momente in dieser Bewegung nicht verlernen könne.

Den gegenwärtigen politischen Zustand in Preußen empfinde die Deutsche Volkspartei als unerträglich. Sie werde sich deshalb nachdrücklich für das vom Stahlhelm eingeleitete Volksbegehren einsetzen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Sch habe mit meinen Ausführungen gemerkt bis zur Rede meines verehrten Mitarbeiters Schmid (Hertefeldt). Ich bin ihm dankbar, daß er anerkannt hat, wie loyal ich mich an die Richtlinien der Politik gehalten habe, die nach der Verfallung der Reichstagsauflösung auftritt. In diesem Rahmen liegt auch mein Verhalten in der Thüringer Polizei-Affäre.

Der Abg. Schmid nimmt zu vielen Dingen eine andere Stellung ein als sein Parteifreund von Kardorff, von dem das Wort von der „führerlichen Jugendangelegenheiten“ kommt und der auch gesagt hat, es liege ihm in der Sache nach, wenn er keine politischen Freunde in Thüringen in dieser Gesellschaft sehe. (Sehr gut!) Ich habe die Polizeiverwalter gegen Thüringen aufgebracht und bin deswegen von links und auch von einem Teil der Mitte angegriffen worden. Ich habe es getan, nachdem in dem Vergleich mit Thüringen aus der Thüringische Staatsminister Seite die nötigen Zulieferungen gemacht hat. Die Herren von der äußeren Rechten haben die Schuld aus der Politik vollzogen, ein Kollektivschicksal, wie er nur im Volk der Dichter und Denker möglich ist.

Das finanzielle Gerede von einem Budgetdefizit ist geizig, die höhere Wirtschaftskrise zu verschleiern, unter der unser Volk leidet.

Es ist nur der phantastische Plan erörtert worden, ein Parlament der nationalen Opposition in Weimar aufzumachen. Wenn die Herren der nationalen Opposition zusammenkommen wollen, so haben wir nichts dagegen. Dazu stehen ihnen auch alle im Reichstag zur Verfügung.

Etwas anderes ist es aber, wenn Herr Dr. Frick als Minister eines Landes vor die Jugend tritt und mit dem Gedanken dieses Gegenparlaments in Weimar spielt. Wenn dieser Gedanke zu vorbereitenden Verhandlungen führen sollte, so wäre das eine revolutionäre Tat und gegen diese revolutionäre Tat müßte das eingeleitet werden, was als Reichsregierung schon einmal gegen Thüringen eingeleitet worden ist.

(Abg. Roederer (Komm.), Abg. Die Schwabinger) — Abg. Moeckler erhebt einen Bedenkenpunkt. Uns ist es nur darum zu tun, die Ordnung im Volk aufrecht zu erhalten. Darum werden wir nachdrücklich gegen jede Vorbereitung revolutionärer Handlungen einschreiten. Man sollte in Thüringen darauf achten, daß nicht die Grenze überschritten wird, über deren Einhaltung die Reichsregierung zu wachen hat. Es wäre gut, wenn Abg. Schmid mit seinem Freund u. Kardorff eine Expedition nach Thüringen unternehmen würde, um die Herren dort in diesem Sinne zu vermanen (Beifall). Dr. Frick hat gehört, aber das Weimarer Nationalparlament habe er zu verurteilen und nicht ich. Auf der anderen Seite müßte

man aber einen Reichsbeitrag für dieses Theater haben. Ich nehme an, daß keine Reichsgelder verwendet werden sollen zum Aufspielen einer solchen Farce (Beifall). An die Braunschweiger Regierung haben wir wegen der bekannten Vorgänge geschrieben. Wir warten auf die Antwort und werden sie dem Volk mitteilen.

Wenn die Kritik des Parlaments nicht zu einer Staatskrise werden soll, dann müssen wir mit einer Wahlreform vorgehen. Wenn wir sie so machen sollen, daß keine der jetzt bestehenden Parteien davon Schaden zu erwarten hat, dann würden wir niemals die Wahlreform zustande bringen.

Am Rundfunk lassen mir alle Redaktionen zum Wort kommen, auch die Opposition. Es muß in solchen Veranlassungen der Geist mehr Toleranz gemahnt werden, wenn sie öffentlich übertragen werden sollen. Es hat keine Zweck, die Opposition zu beleidigen einzubringen, wenn man weiß, daß unter den jetzigen Verhältnissen das nichts dabei herauskommt. Was sich an loganonten Neuen regt, ist doch recht bedenklicher Natur. Der nationalsozialistische Führer Rosenberg schreibt in einem dieser Blätter, die Idee der nationalen Ehre verträge keine gleichwertige Kraft neben sich, weder die politische, noch die humanität, noch die römische Philosophie.

Dieses gefundene, verplagte deutsche Volk bedarf doch wirklich der christlichen Barmherzigkeit, die von den Nationalsozialisten angelehnt wird.

Was in den nationalsozialistischen Kreisen der Studentenbewegung sich bei den vielen Redaktionen zeigt, das ist ein Zeichen der Jugendgeist, sondern eine Vererbung die mit deutschem Kulturgut nichts zu tun hat. (Sehr wahr!) Es ist dringend notwendig, die Schulen und Universitäten wieder zu entpolitisieren. Der Minister wendet sich dann sofort gegen die fruchtlose Diskussion der Kommunisten und hindert die Redaktionen der Realistischen Nachrichten gegen solche Propaganda an. Von den Kommunisten werden diese Ausführungen mit lauten Protestschreien begleitet. Minister Dr. Wirth antwortet: „Wenn Sie das nicht ändern können, dann gehen Sie doch die frische Luft“ Abg. Leber (Komm.) protestiert in lauten Tönen gegen diese Bemerkung und wird nach wiederholten erfolglosen Aufregungen vom Präsidenten Söbe aus der Sitzung verwiesen. Wenn gerade in den letzten Wochen in irgend einem der Reichstagsgebäude ein Brief in Ordnung mit dem Reichstag nicht nur förmlich behandelt werden, sondern ihnen alles heruntergerissen wird, so muß ich schon sagen, daß andere bürgerlichen politischen Bestimmungen nicht genügt haben, um beiden Anwandeln der fruchtlosen Diskussion entgegenzutreten. (Beifall b. d. Komm.) Das uns vorliegende Material umschließt Angriffe gegen alles, was an realen Dingen überhaupt vorhanden ist. Ich werde an die Väter des Reichstages denken, mit allen Mitteln dieser ehrwürdigen Versammlung in den Reichstagsgebäuden ein Ende zu bereiten (Handclaffen). — Groß Varn b. d. Komm. — Ordnungsruf des Präsidenten). Wir werden mit aller Energie einschreiten gegen diese Intimität (Erneuter Beifall). In einem „Höhepunkt“ wird der Bestand in eine Richtung behandelt, das es nicht möglich ist, die Rede hier vorzulesen.

Es handelt sich um einen barbarischen Einbruch in das Gesellschaften unseres Volkes!

(Fortgesetzt Seite 6, d. Komm.) Die Entscheidung über die Frage der freundschaftlichen Zusammenarbeiten dem nächsten Weltfest in dieser Stunde nicht zur Debatte (Groß Varn b. d. Komm.) Das ist Sache des Außenministers. Laßte ich, daß die in Deutschland vorhandene Opposition gegen politische Zusammenarbeiten mit Sowjetrussland von den deutschen Kommunisten nicht nur erachtet wird, sondern daß diese die Opposition gegen diese Zusammenarbeiten geradezu herausfordern. (Sehr, Beif. u. Handclaffen).

Abg. Dehob (Wirtschaftsp.) betont, daß das Reichsgeldminderungsamt mit der Fertigstellung der Ausfuhrbestimmungen zum Gegenstande einer unangehörigen Arbeit übernommen habe, es habe sich aber als unzulänglich erwiesen, daß dabei der volkswirtschaftliche Ausbruch des Reichstags nur angeordnet werden sollte, ohne ein Mitspracherecht zu haben.

Abg. Dr. Straßmann (Christl. Soz.) bedauert die Streichung von Mittel zur Förderung volkswirtschaftlicher Fortschrittsarbeiten. Er beantragt die Bewilligung von 200 000 Mark für die Bekämpfung von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten und 500 000 Mark für die Bekämpfung der Alkoholkrankheit. Weiter beantragt er die Streichung des Stelle des Reichsinnenministers und die Erhebung der Mittel für die humanitäre Wirtschaftskrise auf 2 800 000 Mark. Der Redner protestiert dann gegen die Verlegung der Güterverkehrs-Zentrale nach Berlin.

Abg. Dr. Winkler (Staatsp.): An die Reform der Räumung von Mittel mit einem Verlangen, aber nicht in der jetzigen laienmässigem besetzten Zeit. Der Sinn ist zu einem politischen Agitationsmittel geworden. Man muß dem Minister dankbar dafür sein, daß er auf die Gefahren des Kulturvolkswirtschafts hingewiesen hat. Kulturkritik ist notwendig, aber sie darf nicht lediglich zynisch und heftig alte Kulturwerte herunterreißen, ohne neue Normen in den Verraum zu stellen. Es hat sich ein Salon-Volkswirtschafts und Smog-Kommunismus breitgemacht, von dem sich leider auch sehr repräsentative Vertreter der deutschen Literatur nicht trennen. Das zeigt sich in der lebhaften Arbeit, die an dem neuen Werk „Die große Sache“ von Heinrich Mann.

Abg. Frölich (Soz.) macht die Deutsche Volkspartei dafür verantwortlich, daß der Minister Dr. Wirth den Vergleich mit Thüringen abschließen mußte.

In Thüringen wurde schon die Gefahrenzone bei staatlichen Höchstpreisen erreicht.

Dr. Wirth lie viel zu geduldig, den nationalsozialistischen Propagandisten gegenüber. Dr. Frick habe erklärt, Dr. Wirth habe sich zum Anwalt der Verirrten und Verirrter gemacht. Die Volkspartei habe sich in Thüringen allen Freiheiten der Nationalsozialisten gegönnt. Trotz des Verbotens werde die Thüringische Polizei immer stärker mit Nationalsozialisten durchsetzt. Die Nationalsozialisten erklären offen in ihrem Organ, daß sie sich an die Abmachungen des Staatsministers Braun nicht gebunden fühlen. Dr. Frick erhebt in Veranlassung der Länge des Reichstages keine, er habe es keinen Frieden zwischen Thüringen und dem Reich. Der Innenminister als Verfassungshüter muß endlich gegen die Verfallungslinien von rechts größere Energie aufwenden.

Abg. Budmann (Komm.) bezeichnet es als einen Verfassungsbruch, wenn in Bayern Veranlassungen der Kommunisten, der roten Gewerkschaftsliste und anderer Arbeiterorganisationen verboten werden. Gegen Recht und Verfassung werde von der bayerischen Polizei gegen kommunistische Arbeiterorganisationen mit dem Sturmverfahren vorgegangen.

Abg. Frau Simmler (Komm.) fordert größere Mittel zur Tuberkulose-Bekämpfung.

Brüning bleibt hart

Berlin, 6. März.

Der Schwerpunkt der getriggen Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Reichsfinanzamt lag in einer Beipredung der Steuerabänderungen. Es handelte sich dabei um die Frage, ob es möglich ist, in Form von Steuerzuschüssen auf die höheren Einkommen und Vermögen eine Verfügbare über eine Art Wehrbeitrag zu finden, durch den das Finanzamt für die Finanzierung werden könnte. In sozialdemokratischen Kreisen verläutet, daß beim Zentrum eine gewisse Geneigtheit für diese Gedankengänge bestehe. Dagegen finden sie in der fraktion der Deutschen Volkspartei (Komm.) Ablehnung, die auch in der Fraktionsführung geltend gemacht zum Ausdruck kam.

Nach Informationen von sehr gut unterrichteter anderer Seite sind die Aussichten für eine Verfügbare auf dieser Basis recht gering. Der Kanzler selbst dürfte Wert darauf legen, unter allen Umständen ein langes Festhalten um Zugeständnisse zu vermeiden. Es ist wahrscheinlich, daß er den Sozialdemokraten schon heute in diesem Sinne seinen Standpunkt bekannt gibt.

Gestern Abend hielten übrigens das Zentrum und die Sozialdemokraten auch noch Fraktionsversammlungen ab, um sich mit den aktuellen Problemen zu beschäftigen.

Erhöhung des Roggenzolls

Berlin, 6. März.

Gemäß Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger hat die Reichsregierung auf Grund des Zollermäßigungs-gesetzes den Roggenzoll mit Wirkung vom 6. März 1931 auf 20 RM je Doppelzentner erhöht.

Anlaß zu dieser Herabsetzung des Zolles gab der Umstand, daß in allererster Zeit größere Partien aus den USA nach Deutschland eingeführt worden sind. Diese Partien bieten besseren Auslandsroggen im Inlande erheblich höhere Preise angesetzt wurden als für den einheimischen Roggen (nämlich 20 RM — die Tonne), und weil andererseits die Preisstellung des Roggers sich weit unter den bisherigen Auslandsangeboten bewegte (etwa 60 RM für die Tonne b. h. 3 RM für den Zentner). Da die Gefahr bestand, daß auf dieser Basis weitere große Mengen Auslandsroggen nach Deutschland hineingekauft würden und damit der Absatz des überreichen am Marke befindlichen Auslandsroggen erheblich erschwert wurde, mußte der Zoll erhöht werden. Einen preissteigernden Einfluß auf den Auslandsroggen kann der Zoll von 20 RM nicht haben, da die Inlandsverträge meist als genügen, um jede Nachfrage zu befriedigen.

Recht deutliche Worte.

Drohter Zusammenbruch der Gemeindefinanzen.

Essen, 5. März.

Vor einer großen Versammlung der Essener führenden Beamten und Angestellten sprach Reichsminister Dr. Brauns über die gefährliche Lage der Gemeindefinanzen. Zur Frage der Beamtengehälter führte er aus, es sei ihm von Anfang an bei der Köpferchen Reform nicht wohl gewesen. Am 20. März habe er, Brauns, vorgeschlagen, die Beamtengehälter mindestens um 10 v. h. zu senken, um Luft zu schaffen. Er sehe auch heute keinen anderen Ausweg angedacht der allgemeinen Lage des Reichs und des Staates. Viele Kinder und Gemeinden zahlen in den allermeisten Fällen die Gehälter ihren nicht mehr aus eigener Kraft. Sie pumpen sich das Geld durch Überberichtigungen Kredite und das före einmal auf, wenn kein Wunder geche.

„Aber“, fuhr Dr. Brauns fort, „wir stehen vor der Frage, wie können wir einen Zahlungsanstoß vermeiden. Es ist nicht so, daß wir uns schon mit unserem Zeilen zu Ende machen. Wir wollen nur rechtzeitig alle Möglichkeiten erwägen“. Dem Reich, vom Staat drohten weitere Gehaltsfällungen. Das habe man zwar schon zweimal bemerkt, aber man habe die Erfahrung gemacht, daß nach dem dritten Demenst das Gefährliche einträte. Es sei nun einmal nicht möglich, ohne Opfer durch mehrere Jahre hindurchzukommen. Er führe mit Kollegen aus anderen westdeutschen Städten sehr wieder nach Berlin. Er werde dem Innenminister Seeger mit aller Deutlichkeit sagen, daß es so nicht weitergehe, daß sich Reich und Staat nicht um die Gemeinden kümmern, daß sie zujagen, wie diese unter der Last der Wohlfahrtsausgaben zusammenbrächen.

Die Bedeutung des Flottenpaktes.

Zu den Wiener Ausführungen Dr. Curtius.

Der juristische in Wien weilende Reichsaussenminister Dr. Curtius hat Ausführungen über die Bedeutung des durch englische Vermittlung zustande gekommenen französisch-italienischen Flottenpaktes gemacht, die hartnäckig, welche Bedeutung diesem Abkommen für Deutschland und für das übrige Europa zukommt.

Der oceanographische Leiter der deutschen Außenpolitik begrüßt die Entschlossenheit, die durch die Erklärung der Beziehungen zwischen Kom und Paris für ganz Europa von diesem Abkommen erwartet werden darf, wobei er allerdings die Voraussetzung stellt, über deren Richtigkeit bisher immer noch keine Zuführung zu gerinnen war, nämlich die Erwartung, daß diese maßnahmen zum Zweck der Erhaltung eines europäischen Gleichgewichts auf dem Gebiet der Donabehaltung erfaßt werden sind, das die Vorbereitung der internationalen Abrüstungskonferenz durchzuführen und eine neue Spannung in die europäischen Verhältnisse tragen würde.

Es wäre äußerst erwünscht, wenn die beteiligten Stellen über diese Sachfrage bald Klarheit geben könnten, denn von ihrer Beantwortung hängt tatsächlich die weitere Entwicklung der europäischen Verhältnisse in weit höherem Maße ab, als von den jetzt getroffenen Vereinbarungen über die Seerüstung, so wichtig diese auf ihrem Gebiete auch sein mögen.

Dass der Leiter der deutschen Außenpolitik gerade von Wien aus um die Zukunft der Welt zu denken, ist von besonderer Aufmerksamkeit keine Besprechung und keine Stellungnahme verlost, ist möglich, denn seine Ausführungen über die europäische Lage im Hinblick auf die Vereinbarungen von Rom werden gerade in der gegenwärtigen Situation und besonders nach der großen politischen Rede, die Dr. Curtius in der deutschen Gesamtsitzung gehalten hat, besondere Beachtung finden.

Die Großdeutschen bei Dr. Curtius

Wien, 6. März.

Gestern nachmittag empfing Reichsaußenminister Dr. Curtius eine Abordnung der Großdeutschen Volkspartei, bestehend aus dem Parteivorsitzenden, Minister Dr. Schüller, Präsident Dr. Straßner, den Abgeordneten Wladan, Zarboch und Dr. Wittmann. Anknüpfung an die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Volkspartei in Reichde, deren Vertreter in der Reichsregierung Dr. Curtius ist, und der Großdeutschen Volkspartei fand eine Ausprache über die Stellung der nationalen Parteien im deutschen Sprachgebiet statt, wobei eine Reihe von Anregungen erörtert wurden, um die Zusammenarbeit der Parteien in e n e r g e t zu gestalten und die Tätigkeit der nationalen Politik des ganzen deutschen Volkes dienlich zu machen.

Romanones über die Lage.

Die Stabilisierung der Defeta.

Madrid, 6. März.

Bei einem Frühstück zu Ehren des spanischen Außenministers Graf Romanones teilte dieser den Besuch der Regierung auf Aushebung der Zensur für die gesamte Auslandspressen mit. Er betonte die Notwendigkeit der Mitarbeit der Presse und hat, in Zukunft Sensationsmeldungen über Spanien zu vermeiden.

Graf Romanones forderte Wahrheit in der Berichterstattung und wies auf den enormen Schaden für den spanischen Kredit hin, der durch Sensationsmeldungen angeht. Spanien solle im Ausland das gebührende Vertrauen genießen, besonders, da die Lage im Lande völlig ruhig sei.

Der normale Zustand werde aber erst dann erreicht, wenn das Kartell wider funktionieren und alle großen spanischen Probleme beraten und gelöst werden könnten. Er sei bestrebt, im Volke Einigkeit zu erzielen und die Austragung dieser Differenzen auf ungeschickliche Wege zu vermeiden.

Hinsichtlich der Stabilisierung der Defeta erklärte der Minister, daß die Ruhe im Lande die Voraussetzung der Stabilisierung sei.

Auf Einzelheiten der Außenpolitik könne er nicht eingehen, da dafür die Genehmigung des Reichstages notwendig sei. Die Hauptfrage sei die Aufrechterhaltung des Friedens.

Der Bölkerbund muß sparen.

Ein Rundschreiben des Generalsekretärs.

Genf, 5. März.

Der Generalsekretär des Bölkerbundes hat an sämtliche Stellen des Bölkerbundes ein Rundschreiben gerichtet, in dem wegen der außerordentlich ernsten Finanzlage zahlreicher Mitgliedsstaaten (scharfe Sparmaßnahmen für das gesamte Bölkerbundssekretariat) gefordert werden.

In dem Rundschreiben wird hervorgehoben, daß zahlreiche Mitgliedsstaaten zu drastischer Herabsetzung der Beamtensgehälter gezwungen sind und daß deshalb das Bölkerbundssekretariat in dem nächsten Haushaltsjahr eine Herabsetzung der Personalansgaben oder Erweiterung des gegenwärtigen Beamtensalles vornehmen muß. Der Generalsekretär fordert ferner weitgehende Einschränkung der Dienstkosten, die nur noch mit seiner Zustimmung erfolgen dürfen.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß wegen der schweren finanziellen Belastung durch die kommende Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre alle Konferenzen und Kommissionen, die nicht akutemgemäß vorgehen sind, nach Möglichkeit verschoben werden sollen.

Die indische Einigung.

Der Vertrag zwischen Bözögung und Gandhi.

London, 5. März.

Die mehrseitigen Verhandlungen zwischen dem indischen Nationalistenführer Gandhi und dem Bözögung Lord Irwin haben zu einem erfreulichen Erfolg geführt. Es ist ein förmlicher Vertrag unterzeichnet worden, durch den die Einstellung des Ungehorsamsstreikes der indischen Nationalisten erreicht wird. Voraussetzung für diese Einigung ist ein Kompromiß, in dem beide Parteien, wie die Schmeisen sagen, „ihre Gesicht wahren“.

Es handelt sich um das so besonders heftig umstrittene Salzmoneopol. Die indische Regierung dem flürmlichen Verlangen der indischen Nationalisten, das zu so schweren Leiden geführt hat, entgegenzukommen, indem den Bewohnern der Meerestiefe erlaubt wird, Salz aus dem Meerwasser zu gewinnen. Dafür erkennt Gandhi das Zurechtbestehen des flürmlichen Salzmoneopols grundsätzlich an. Weiter hat Gandhi die Forderung gestellt, daß die Haltung der Polizei gegenüber den nationalen Demonstranten unterteilt werden sollte. Die Regierung wiederum hat sich bereit erklärt, das von der besagten indischen Regierung des indischen Nationalkongresses und der führenden Parteimitglieder freigegeben, und sie will weiter keine Einwendungen dagegen erheben, daß die indischen Nationalisten ihre wirtschaftliche Propaganda gegen ausländische Erzeugnisse fortsetzen und auch praktisch betreiben, soweit es dabei nicht zu politischen Konflikten kommt, sondern sich diese Bewegung ausschließlich auf den Kampf für die Interessen der einheimischen indischen Wirtschaft beschränkt.

Mit dieser Vereinbarung ist ein außerordentlich bedeutungsvoller Schritt gelungen. Die schwersten Gründe des Konfliktes sind aus dem Wege geräumt. Wichtiger aber noch ist die Tatsache der grundsätzlichen Bereitschaft auch der indischen Kongresspartei, zu einem erträglichen Verhältnis gemeinschaftlicher Arbeit mit der englischen Verwaltung zu kommen. Hierin liegt ein Fortschritt über die Ergebnisse der Londoner Konferenz hinaus, und es ist damit eine weitere Etappe auf dem schwierigen Wege des Ausgleichs zu

rückgelegt, der unbedingt erzielt werden muß, wenn sowohl für die Indier wie für das englische Mutterland erträgliche und eine gute Entwicklung gewährende Verhältnisse erreicht werden sollen.

Deutsche Tageschau.

Kommunistische Kundgebungen am 1. Mai.

Das Präsidium des Volkstages der Kommunistischen Internationale hat an sämtliche kommunistischen Parteien der Welt Richtlinien über die Vorbereitungen zur Feier des 1. Mai erteilt. Der 1. Mai müsse als Fortsetzung des 23. Februar, der als Tag der Arbeitlosen gelte, verstanden werden. Sämtliche kommunistischen Parteien sollen große Demonstrationen organisieren, um die Macht des Kommunismus auf den Straßen Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika zu zeigen. Besonders erwartet man in Moskau, daß die deutsche kommunistische Partei versuchen wird, große Kundgebungen zu organisieren, um damit den Beweis zu liefern, daß die Macht der KPD im deutschen Proletariat gewachsen ist.

Schau des geistigen und gewerblichen Eigentums. Die litauischen Behörden prüfen jetzt einen deutschen Entwurf über ein deutsch-litauisches Abkommen zum Schutze des geistigen und gewerblichen Eigentums. Der Entwurf sieht die Annahme der Prioritätsklausel vor, gewährt die Möglichkeit, auf Grund alter russischer Schutzbücher in der jetzigen Republik Litauen die inzwischen ruhenden Schutzbücher wiederaktivieren zu lassen, regelt aber nicht die Frage, was zu geschehen hat, wenn in der Zwischenzeit Unbefugte fremde Rechte für sich haben schützer lassen. Die Annahme dieses Entwurfs würde zum Beispiel dazu führen, daß einzelne deutsche Firmen in der Litauische rechnen müßten, daß ihre Warenzeichen, die in der Zwischenzeit für litauische Firmen geschützt worden sind, für die deutschen Firmen in Litauen auf immer verloren gehen.

Dienfützungsantrag im Lippschen Landtag angenommen.

In der Wolligung des Stippischen Landtages wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Kürzung der Diäten für die Landtagsabgeordneten um 20 Prozent beraten. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag mit Zustimmung von 1. März gegen die Stimme des einzigen kommunistischen Abgeordneten von sämtlichen übrigen Abgeordneten angenommen.

Auslands-Rundschau.

Bricht der linke Flügel der Labour Party aus?

Die verhältnismäßig geringe Mehrheit zu Gunsten der englischen Regierung bei der Abstimmung über das Internationalen Abkommen erklärt sich daraus, daß der linke Flügel der Arbeiterpartei gegen die Regierung stimmte. Auch bei sich eine größere Anzahl von anderen Arbeiterparteien der Stimme enthalten, da sie in dem neuen Wahlgesetz eine Gefahr für die Zukunft der Arbeiterpartei erblickten. Sie befürchten, daß hierdurch bei den nächsten Wahlen mindestens 50 Arbeiter-Sitze bedroht würden. Aus der Abstimmung, so sagen die „Times“, geht hervor, daß das Kabinett nicht mehr lange auf die dauernde Unterfertigung des linken Flügels werden rechnen können.

Die Industrievertreter bei Volkstages von Dresden.

Zu Ehren der in Moskau weilenden deutschen Industrievertreter veranstaltete der deutsche Volkstages von Dresden einen Empfang, zu dem auch die Vertreter der Sowjetregierung, verschiedene großer sozialistischer Organisationen und die deutsche Presse eingeladen waren. Die deutsche Abordnung besichtigte, Moskau zu verlassen und sich für einen bis zum Sonntag zu verhalten. Nach ihrer Rückkehr sollen die Verhandlungen weiter fortgesetzt werden.

Ein ausgabenfreudiger Kongreß.

Der 7. Kongreß, der am Mittwoch bis Dezember verlag wurde, ist eine der ausgabenfreudigsten Kongresse der Völkerbundsstaaten in der Geschichte der Vereinigten Nationen gewesen. Die in diesem Sitzungsschritt bereitgestellten Gelder betragen sich auf etwa 10,25 Milliarden Dollar (ungefähr 48,35 Milliarden Mark). Diese Summe ist lediglich um 65, und 66, Kongreß während des Weltkrieges erreicht bzw. überschritten worden.

Kleine politische Meinungen.

Diplomatenempfang beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den deutschen Gesandten in Bern, Dr. Wolf Müller, sowie den neuernannten Gesandten in Lugzburg, Freiherrn von Bachmann.

Janter-Vertrag mit Griechenland abgeschlossen. Die griechische Aufforderungsschiff hat mit dem Firma Janter einen Vertrag auf Lieferung von vier Janter-Großflugzeugen abgeschlossen.

Hoovers Glühbirnen an Henderson, Brand und Grandi. Präsident Hoover hat Henderson, Brand und Grandi Glühbirnen-Gesellschaft zugestimmt, in denen er auf die Größe der Flottenverhandlungen hinweist.

Neuindonesien stellt die Zinsabgabe für die Kriegsanleihe ein. Die Regierung von Neuindonesien hat die für die Kriegsanleihe fälligen Zinsabgaben in Höhe von 600 000 Pfund nicht an die Staatsbank abgeführt, sondern den Bedingungen von neuindonesien ab als die des englisch-amerikanischen Schuldabkommens.

Einsteigen auf der Küste nach Deutschland. Professor Einsteigen hat an Bord der „Deutschland“ die Küste nach Deutschland angetreten.

Aus der Umgegend

Nebra, 7. März.

— Kirchliches. Mit dem morgigen Sonntag beginnt in unserem Kirchkreis die kirchliche Aufbaumode, auf die schon in der vorigen Woche hingewiesen wurde. Sollen wir mit, daß sie nicht überflüssig ist, sondern dazu dient, daß die Lebenskräfte des Marktes Gottes wieder reichlicher in die Herzen hineingeht. Wasche es sich jeder, der die Kirche lieb hat, zur Pflicht, wenigstens einige Nachbarn und Bekannte persönlich einladen oder noch besser abholen. Noch einmal sei auf die Veranstaltung in unserer Gemeinde hingewiesen. Volksmissionar Weis redet, so Gott will, am Montag, dem 9. und am Mittwoch, dem 11. März, abends 8 Uhr im Saale des Rathhauses über „Todesnähe und Lebenskräfte in Familie und Volkstum“. Jedermann ist dazu eingeladen. Der Eintritt ist frei. — Am morgigen Sonntag steht der Gottesdienst im Zeichen des 100jährigen Geburtstages Vater Bodelschwings. Der Räte wegen ist der Gottesdienst wieder in den Gemeindefaal verlegt. Der Volksmissionar Weis redet in dieser Woche auf den Dienstag (8 Uhr abends) verlegt werden.

— Die Stadtkapitelle warten am Sonntag mit einem Programm auf, das als ganz ausgezeichnet betrachtet werden darf. Der erste Teil: „Zwei dunkle Augen“ zeigt uns Wien, die Stadt der Liebe und der Liebe. Wiener Wäldchen, mit ihren laudenden Klängen, werden an uns vorüberziehen. „Im Wirbel der Blüten“ betitelt sich der zweite Teil. Schon der Name des Films sagt, daß es sich um einen Kampf

mit den kalten Elementen handelt, aus dem sich geschäftet ein Drama der Liebe und des Lebens entspinnt. Beides sind Filme, die man einfach gesehen haben muß.

— Schüttershaus. Am Sonntag kommen die Freunde der edlen Kunst einmal ganz und gar zu ihrem Recht, denn unter Herr Stadtkapitelle führt an, daß er mit zwei Kapellen aufspielen wird. Jeder Tänzer wird die ihm angenehmen Tanzpläne vorfinden und lange Tanzpausen wird es nicht geben.

— Preisfest. Nach Preiß werden Sonntag die Stadtkapitelle eingeladen, Herr Hente ruft zu einem Preisfest auf. Ein Spaziergang nach Preiß dürfte also auf das Sonntagprogramm der Stadtkapitelle gesetzt werden. Die Zeit der Preisfestturniere ist bald vorüber, deshalb kann wohl mit einer starken Beteiligung gerechnet werden.

— Die Not um Arbeit. Am 23. Februar 1931 wurden durch die Meldestelle Nebra des Arbeitsamtes Halle 320 Unterfertigungsempfänger ausgezählt. Davon fallen auf die Stadt Nebra 141, die übrigen 279 verteilen sich auf die umliegenden Dörfer. Im gleichen Tage hatte die Stadt Nebra 115 Wohnfahrtsunterfertigungsempfänger zu verzeichnen. In der kommenden Woche ist durch die Stilllegung der Gewerkschaft Nebra mit einer starken Zunahme aller Erwerbslosen zu rechnen.

— Die Gefangenenfrage. Um Mißverständnissen vorzubeugen sei bemerkt, daß in unserer Kirchengemeinde die Benutzung des alten neben dem neuen Gefangenenbuch zu keinerlei Schwierigkeiten führen wird, weil die Nummern der gelungenen Lieber sowohl nach dem alten wie nach dem neuen Gefangenenbuch angegeben werden. Die wirtschaftliche Not wird übrigens der beschleunigten Einführung des neuen Gefangenenbuchs hinderlich sein, jedoch es noch längere Zeit abzuwarten dürfte, ehe das neue größere Verbreitung findet.

— Mischungen, Warenproben und Päckchen nach der Schweiz. Die Weiterverteilung der Schweiz flagt darüber, daß die ihren Postanstalten aus Deutschland als Mischungen begnadigte Sendungen eingehen, die nur Waren bis zum Gewicht von zwei Kilogramm, aber keine Druckfachen oder Geschäftspapiere enthalten, mithin keine Mischungen sind. Ferner gehen in der Schweiz auch zahlreiche Warenproben, die das zulässige Höchstgewicht von 500 Gramm überschreiten, und viele Päckchen ein, die unrichtigerweise nach den Gebührenlisten für Warenproben (es zulässige Höchstgewicht von zwei Kilogramm) statt mit 15 Pfennig für je 50 Gramm, mindestens 10 Pfennig freigegeben sind. Es wird darauf hingewiesen, daß das Höchstgewicht für Warenproben nach dem Ausland 500 Gramm beträgt und daß daher auch die in Mischungen zu verladenden Warenproben für sich höchstens 500 Gramm wiegen dürfen, während die bei voller Ausnutzung des zulässigen Höchstgewichts von zwei Kilogramm Mischungen bestehende 1500 Gramm nur aus Druckfachen oder Geschäftspapieren bestehen können.

— Gymnasium. 1. Werner Rindl aus Hamburg (gewählter Beruf Kaufmann) 2. Hans von Bobbin aus Bielefeld (Landwirt) 3. Subertus Pohn aus T. (Landwirt) 4. Hotho Graf von Gellenburg aus Biedersdorf (Kaufmann) 5. Walter Graf aus Mühlheim-Glabach (Landwirt) 6. Hans Hammer aus Berlin-Zehlendorf (Kaufmann) 7. Harald Graf von Hardenberg aus Ostingen (Forstkaufmann) 8. Heinrich Hüfner aus Bodelsch (Medizin) 9. Hans-Joachim Kraus aus Kierfeld (Landwirt) 10. Walter Ludwig aus Neßleben (Handelsmarine) mit „gut“ befanden

11. Ralph Küttich aus Neßleben (Landwirt) 12. Walter Marckmann aus Berlin (Medizin) 13. Gerhard Wolff aus Neßleben (Bd. Akademie) mit „gut“ befanden 14. Walter Nade aus Ermsdorf (Medizin) 15. Karl Götter von Pöhlme aus Bismarck (Reichswehr) 16. Walter Görtner aus Giel (Kaufmann) 17. Arnd Schach aus Dresden (Reichswehr) 18. Herbert Stelowsky aus Wiehe (Ingenieur) 19. Werner Schlemus aus Gelnhausen (Kaufmann) 20. Richard Weis aus Wiehe (Medizin) 21. Hans-Org. Freiherr von Wülffen (Jura) mit „gut“ befanden

Realgymnasium

1. Hans Baumann aus Neßleben (Kolbenteiler) 2. Hans von Borries aus Jantensbüttel (Kaufmann) 3. Edgar Freiherr von Gramm aus Nalstedt (Kaufmann) 4. Hans-Martin Freiherr von Erffa aus Bismarck (Jura) mit „gut“ befanden 5. Kurt Grunwald aus Neßleben (Bd. Akademie) mit Auszeichnung befanden 6. Hans Dettler von Kessel aus Giesdorf (Reichswehr) 7. Baljo Körtgen aus Nebra (Reichswehr) mit Auszeichnung befanden 8. Silber Freiherr von Böhmern aus Wichom (Jura) 9. Herbert Wegel aus Silberhald (Kaufmann) 10. Kurt von Wilsow aus Bismarck (Reichswehr) 11. Joachim Riech aus Berlin (Medizin) 12. Otto von Schlieben aus Nalstedt (Landwirt) 13. Harald Strauß aus Berlin (Elektrotechnik).

Freitag vormittag fand die übliche Entlassungsfeier in der Aula der Anstalt statt und mittags wurden in hergebrachter Sitte die abreisenden Abiturienten unter dem Jubel des gesamten Coetus stolz im Biergarten zum Bahnhof. Die hier am Orte und in der Umgegend wohnenden Abiturienten wurden bereits gestern Abend den erernten Eltern auf den Schultern ihrer Kameraden überbracht.

— Botsendorf. Jugendstreife sind wohl verzehbar, wenn sie nicht absichtlich deshalb begangen werden, um ein Lagerfeuer zu erregen. Das haben vor einigen Tagen drei junge Burschen nicht beachtet, indem sie durch Räufeln an der Tür eine Kamille im Hofe stürzten und weiteren Unfug verübten. Die Sündenrieh wurde erlami, zur Umgebe gebracht und nun dürfen sie ein Strafmandat erwarten.

— Querfurt. (Gewerbeausstellung.) Die Vorbereitungen für die in der Woche vom 15. bis 22. März hierseits stattfindende Gewerbeausstellung, die unter dem Motto steht: „Fördert das Handwerk“ nehmen lebhaften Fortgang. Die Ausstellungslitung und ihre einzelnen Kommissionen tagen verständig und schon geben die Einladungen an den Ehren-

vorzuziehen und den Ehrenausfuß heraus. Die Zahl der gemeldeten Aussteller und die auf die Ausstellung bei der Ausstellungslitung eingehenden Anfragen und Anregungen lassen einen Verlauf erwarten, der die Erwartungen der Veranstalter der Ausstellung weit übertrifft. Bekanntlich fällt die Ausstellung zeitlich zusammen mit der Reichsbundwerktwoche. Erfolgreich und dankenswert ist auch das Interesse, das die Kreis- und Stadterhaltung der Ausstellung entgegenbringt.

Hegauhof. Am Montag hat Herr Otto Scheibe mit seiner Familie einen Ort verlassen und ist nach Erfurt übergefahren. Als Häupter des hiesigen jüdischen 236 Hektar großen Rittergutes war er vom 15. Februar 1910 bis 15. 10. Monats, also 21 Jahre, hier tätig und erfreute sich im Orte allgemeiner Beliebtheit und Hochachtung. — Bis auf ein Recht von circa 85 Hektar ist der Besitz des erwähnten Gutes an 78 Erben am 1. Oktober 1930 durch die Thüringische Landesbesiedlungsgesellschaft G.m.b.H. zu Weimar aufgeteilt worden.

Sachsenhausen. Auf Grund eines Kreisratsbeschlusses wird im Kreis Sangerhausen eine Spinnwebzucht eingeführt. Die Zucht der Seidenraupen im allgemeinen fünf Prozent des flossenspflichtigen Betriebskapitals und zehn Prozent des sonstigen Ertrages.

Umsatz. Den finanziellen Posten der Zeitzeit charakterisiert eine am Montag im Gasthaus Schumann, Neumar, ansehnliche Verteilung, in der verschiedene Wirtschaftsgüter und Mobilien unter den Hammer kommen sollten. Der angelegte Termin rückte immer näher und noch ließ sich kein Kaufwilliger erblicken. Als nach langem Warten der Herr Auctionator immer noch allein auf weiter Flur stand, sah er sich genötigt, die Verteilung zu verschieben. Auch eine am Sonnabend, dem 28. Februar, in Weimar ansehnliche Verteilung, in der ähnliche Gegenstände und auch Warenmobilien verteuert werden sollte, mußte aufgeschoben werden, weil kein Mensch in der Lage war, auch nur ein niedriges Gebot zu machen. Es ist ein trübes Zeichen der Zeit, daß sich auf einer Seite die Verteilungen immer mehr anhäufen und auf der anderen Seite die Kaufkraft immer mehr zurück geht.

M. (Eine Gemeinde vor dem Zusammenbruch.) In der Gemeinde Ribsdorf wurde ein Dringlichkeitsantrag des Gemeindevorstandes hinsichtlich der Aufnahme eines Kredits von 3000 Mark bei der Merseburger Kreisparisse von den Gemeindevorstandern einstimmig angenommen. Die Gemeinde hat, wie der Vorsteher ausführt, zum Februar-Altmo nur auf Mähe die Sozialisten und Volkshausunterstützung aufbringen können. Dagegen ist für Staatsleuten, Polizeiführer usw. kein Geld vorhanden. Die Gemeinde steht tatsächlich vor dem finanziellen Zusammenbruch, zumal die Aufnahme einer Anleihe nicht die Deckung neuer Geldquellen bedeuten kann.

Salle. Der allgemeine Konsumverein Salle, der vor einiger Zeit seine Zahlungen eingestellt hat, beschäftigt die Kommissäre der Durchführung eines ordentlichen Vereinskongresses. Nach den geltenden Bestimmungen ist hierzu die Zustimmung der Gläubiger erforderlich. Wie bekannt wird, hat der A. R. B. am Sonnabend die Unterlagen dem Genossenschaftsrichter einereicht. Der vom A. R. B. gemachte Vergleichsvorschlag sieht eine 50prozentige Quote vor. Außerdem soll den Sparern die Möglichkeit gegeben werden, in vier Jahren restlos zu ihrem Geld zu kommen.

Esleben. Am Ergänzungshaushalt zum Reichshaushalt 1931 sind für die Mansfeld A. G. Esleben 3 200 000 Reichsmark bereitgestellt. Es handelt sich um den Zuschuß, der der Mansfeld A. G. zur Vermehrung einer Stilllegung ihrer Kupfererzwerke vom Reich bewilligt werden soll. Die Preussische Staatsregierung hat sich ebenfalls zur Zahlung eines Zuschusses, und zwar in derselben Höhe, verpflichtet. Als Dauer der Hilfsmaßnahmen ist in den Vereinbarungen zwischen der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung einerseits und der Mansfeld A. G. andererseits die Zeit vom 1. Januar 1931 bis zum 31. Dezember 1932 festgelegt worden.

Nordhausen. Nach einer Mitteilung des Oberstaatsanwalts liegt bei den größeren Schadenfeuer, die in Gerteode (Kr. Worbis) in der letzten Zeit erfolgten, zweifellos Brandstiftung vor. Auf die Ermittlung der Täter oder die Angabe zweifelhafter Nachrichten, die zu ihrer Ermittlung führen, hat der Regierungspräsident in Erfurt eine Belohnung von 1000 RM und die Bundesfeuerzucht der Provinz Sachsen eine solche von 500 RM ausgesetzt.

Burg. Unterschlagung beim Arbeitsamt in Burg. Hier gehen in letzter Zeit Gerüchte über Vermehrungen beim Arbeitsamt um. Ein Kassenschieber soll auf fingierte Karten Beträge an sich gebracht haben. Zur Zeit wird eine genaue Revision vorgenommen. Wie es heißt, ist der ungetreue Beamte sofort seines Postens entbunden worden.

Aus der Provinzialauschussung
Merseburg. Der Provinzialauschussung beriet am 4. März eine Reihe von Vorschlägen für den am 17. März zusammen tretenden Provinziallandtag, so über die Einleitung einer Provinzialauschussung für Elektrizitäts- und Ferngasversorgung und den Entwurf einer Ordnung für die Verwaltung der Betreibungen des Provinzialverbandes an Elektrizitäts- und Ferngasunternehmen. Auch wurde die schon früher beratene Vorlage über die Beteiligung am Bau der Zillierbadanlage über die Wernigerode festgelegt, nach der sich der Provinzialverband am Kapitalerwerb mit einem Baukapitalausfuß von 250 000 RM für die Schaffung eines Badmüllschlammes beteiligen soll.
Die Vorlage über die Bewilligung der Baufolgen für die Tangemünder Elbbücke geht dahin, daß die Provinz einen Kostenbeitrag von 1 600 000 RM sowie die Vereinigung und Tilgung von 725 000 RM Darlehen aus der verfallenen Förderung der Erwerbslosenlöhne übernehmen soll. Dabei ist Voraussetzung, daß die Tilgungsdauer des Darlehens auf 25 Jahre und der Zinssfuß auf 4 Prozent festgesetzt wird. Ferner wird zur Bedingung gemacht, daß die örtlich interessierten Kommunalverbände zusammen 1 600 000 RM an den Kosten beibringen, daß die beteiligten Kleinbahngesellschaften die Aufwendungen für den Eisenbahnüberbau und seine Unterhaltung tragen und der zutunfähige Deichbau den für Deichverlegung erforderlichen Grund und Boden kostenlos hergibt usw. Als Träger für die Unterhaltung der fertigen Brücke ist die Provinz vorgezogen. — Eine weitere Vorlage beschäftigt sich mit der Erweiterung des zweiten Baubauabschnittes der Bundesbahnlinie Neubadenleben. — Der Provinzialauschussung hat die

Wiederaufbaubauschussung für 1930 für Pferde und Schafe in der gleichen Höhe wie im Vorjahr festgelegt; die Umlage für Kinder hat dagegen erhöht werden müssen. Der Grund dafür liegt in dem starken und das ganze Jahr anhaltenden Aufstreifen der Maul- und Klauenseuche in größeren Teilen der Provinz, weshalb besonders umfangreiche Impfungen notwendig waren.

Gegen die Arbeitseinstellung am Mittelkanal
Merseburg. Die Preussische Landeshaupthauptmanns gibt folgende Entscheidung zum Provinzialauschussung bekannt:

„Der Provinzialauschussung der Provinz Sachsen hat aus Mitteilungen der Landespresse von Betreibungen Kenntnis erhalten, nach welchen von den für den Bau des Mittelkanals im Haushalt des Reichsanstaltsministeriums vorgeschlagenen Mittel ein Betrag von 15 Millionen RM getrichen werden soll. Bei Annahme des Antrages muß mit der Einstellung der Bauarbeiten am Mittelkanal gerechnet werden. Daher hat der Antrag in allen Kreisen der Provinz, der Kommunen und der Arbeitnehmer der Provinz Sachsen größte Beunruhigung und großes Verdröben ausgelöst.

Der Provinziallandtag und der Provinzialauschussung der Provinz Sachsen haben in wiederholten Entschlüssen während der letzten Jahre unter Bezug auf die bestehenden Staatsverträge auf die Notwendigkeit der Weiterführung des Kanalbaus entschieden. In diesem Zusammenhang ist auch im Interesse der Behebung der katastrophalen Arbeitslosigkeit hingewiesen.

Der Provinzialauschussung der Provinz Sachsen hat in seiner Sitzung am 4. März 1931 einstimmig beschlossen, an die Reichs- und Preussische Staatsregierung die dringende Bitte zu richten, alles zu tun, um die Einstellung der Arbeiten am Mittelkanal zu verhindern.“

Neues aus aller Welt.

Großer Dachstuhlbrand. In der Judenstraße, Ecke Sieberstraße, gegenüber dem Berliner Rathaus, kam in einem Geschäftshaus Feuer aus. Als die Feuerwehr an den Brandstelle ankam, fand der Dachstuhl des Geschäftshauses schon in großer Rauchentwicklung. Inzwischen, bevor die mechanische Leitern griff die Feuerwehr an und konnte das Feuer nach einigen Stunden löschen. Der erhebliche Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Tot in der Wohnung aufgefunnen. An der Tür seiner Wohnung in der Koenigsplatz Straße zu Berlin wurde der arbeitslose Bauarbeiter Meusing mit einer Stirnwunde tot aufgefunden. Da man ein Verbrechen vermutete, wurde die Leiche in der Wohnung in einem Zimmer, das noch nicht festgelegt werden, doch glaubt man, daß Meusing, der schon längere Zeit herzbeidend ist, einem Herzschlag erlegen ist und sich die Wunde beim Fallen zugezogen hat.

Freipruch im Wertpapiengeschäft. Das Schöffengericht Berlin-Mitte sprach die drei ehemaligen technischen Angestellten Koerber, Paul und Wiering, die bei der Spiegelbohrfabrik A. Schott in G. in Berlin-Mariefelde angefaßt waren und sich unter der Anklage der Wertpapierangelegenheit verantworten hatten, auf Kosten der Staatskasse frei. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Beweisaufnahme einzelner Anhaltspunkte dafür ergeben habe, daß sich die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig gemacht hätten.

Mußenseregernde Verfassung in Bayern. Nach einer unternommenen vorgenannten Massenrevolte wurde in Bayern die Verfassung im Lichte der neuen Verfassung geändert. Die Revision hat Unstimmigkeiten in der Ausführung ergeben, doch ist über die Höhe der unterliegenden Beträge noch nichts Genaueres festzustellen gewesen. Die Verfassung des Beamten, der mehrere Klassen für die oberflächliche Regierung zu verwalten hatte, hat in Bayern großes Aufsehen erregt.

Dänische Hilfspepedition für Professor Wegener. In Kopenhagen wird augenblicklich eine dänische Expedition vorbereitet, die den auf dem grönländischen Inseln eis überwinternden deutschen Professor Wegener suchen soll, von dem man seit Monaten nichts gehört hat und um dessen Leben man daher fürchtet. Der dänische Grönlandforscher Freuchen, der diese Nachricht verbreitet, teilt mit, er persönlich glaubt nicht an die Existenz des Professor Wegener. Man habe bisher die dänische Expedition von Gronau über die Teilnahme an der Hilfspepedition verhandelt.

Dänischer Baderot von einer Sturmflut verwüflet. Der Baderot Juelsonde am Kattegat ist durch eine plötzliche Sturmflut völlig von dem Ufer wech mit der Umwelt abgeperrt worden. In dem er sich fürchtbare Verwundungen angesetzt. Schon bald ist die Insel verlassen worden, liegen in den Straßen des Ortes unter. Teile von Sommerwägen sind weit ins Land getragen worden. Die meisten Bewohner mußten während der Sturmflut auf die Hausdächer klettern, zum Teil sogar auf das Dach, wo sie mit Booten abgeholt wurden.

Der Kälteford: 48 Grad in Nordischweden. In Rattala (Lappland) wurde der Kälteford des Winters festgelegt. Das Thermometer fiel auf minus 48 Grad.
Eisbrecher im Rigaligen Meerbusen eingeleitet. Die Eisverhältnisse im Rigaligen Meerbusen und auf der Ostsee haben dazu geführt, daß der Schiffsverkehr nach und nach aufgehört hat. Die Eisbrecher sind in den letzten Tagen mit Hilfe von Eisbrechern möglich ist.

Eine weitere Verfassung im Fall der Frau Hanau. In dem Verfahren gegen die ehemalige Besitzerin der „Gazette du Franc“, Frau Hanau, ist jetzt eine weitere Verfassung in Paris vorgenommen worden. Frau Hanau hatte einen gewissen Geschäftsmann, den Verwalter einer von ihrem Finanzunternehmen kontrollierten Gesellschaft, der Unterlegung beidseitig, worauf die Behörden ein Ermittlungsverfahren einleiteten. Geschäftsmann, der in einem großen Pariser Hotel wohnte, wurde verhaftet. Eine Hausdurchsuchung in seinen Büroräumen hat jedoch kein belastendes Material zutage gefördert.

Ueberschwemmungen durch Schneeschmelze.

In der Schweiz und im Elsaß jahreliche Schäden.
Basel, 6. März.
Durch die Schneeschmelze und die starken Regengüsse der letzten Tage sind in der Schweiz und im Elsaß große Ueberschwemmungen eingetreten.

Den Dingen ist ein Damm gebrochen, wodurch das ganze Elsaßgebiet überflutet ist. Die Truppen sind aufgeboten, um Menschen und Vieh zu retten. Schwere Hochwasserfluten sind aus dem Sundgau gemeldet. Die Ill und ihre Nebenbäche sind zu reißenden Strömen anzuwachsen.

Die Gegend bei Feldbach und Pfahbach ist völlig überschwemmt. In der Gegend von Oberdorf hat die Ill eine Breite von 200 Metern erreicht. Die Wasserfluten überfluteten Schuppen und Wohnhäuser. Auch in der Gegend von Weindorf bilden die Ueberschwemmungen eine einzige große Wasserfläche.

Besonders heimgesucht ist auch die Gegend von Hirsingen, wo die Eisenbahnlinie und die Straßen überschwemmt wurden. Das Vieh mußte eiligst aus den Ställen gerettet werden. Das Wasser kommt in reißenden Bächen durch den Ort. Auch Weindorf ist schwer von der Ueberschwemmung betroffen. Allenfalls ist das Wasser im Steigen begriffen. Die Regen- und Schneefälle halten an.

Liebling des Volks zu sein . . .

Zum Wohlen Otto Reuters.

Als wir aus Düsseldorf die Kunde erhielten, daß eine Herkulesartige dem Leben des Volksjüngers Otto Reutter ein Ende gesetzt hätte, wußten wir, daß ein Mann dahingegangen ist, der nie sein anderes sein Publikum gefannt hätte. War er es doch, der stets die Wünsche seines Zuhörers freies respektierte, der Situationen eckige Momente beim Schoppe packte, um sie auf seine Art dem Publikum mundergerecht zu machen. Wenige Wochen vor Vollendung seines 61. Lebensjahres ist er den Breiten entrisen worden, auf denen er noch im Vorjahre als Sechziger gekannt wurde. Er war noch in Gerdlingen geboren, wo er lang später darüber das Couplet: Vater im Kriege, liest in der Wiege, Mutter — ein schönes Terzett! Die Eltern wollten aus Otto den biederen Kaufmann machen. Aber das war nichts für ihn. Es zog ihn zu den Breiten hin. Mit noch nicht 30 Jahren kam er nach Berlin. Er hatte Glück und durste im Berliner Wintergarten debütieren, und dieses Debut entzückte seinen künftigen Erfolg. Man erzählt sich damals, daß die Art seines Deklamierens eine besondere Note hatte, und sein Mienenpiel unterirdisch die Pointen seiner Späße. Von dem Tage dieses Debut's gab er als Typus mit den rollenden Augen, mit den zuckenden Mundwinkeln und der Schillerläde. Aber er belag noch ein anderes Gabe, die seine Laubbahn erwiderte. Er hatte ein fabelhaftes Gedächtnis, er improvisierte in wenigen Sekunden mehrere Dinge zu Berlin, er galt als der Mann mit den Stegreifcouplets.

Wenn die Menschen im Kriege lo recht verdröbricht waren, wenn sie alles andere als lachen konnten, dann war es Otto Reutter, der mit seinen schürmigen Berlin neuen Mut und neue Lebensfreude schürte. „Jemmer wetter, immer weiter auf der hohen, hohen Treppen“, lang er seinem Volk zum Mut vor, und sein Couplet war ein Kypell: Immer vorwärts durch die dünn, alles mit humor getragen, fustich ist fustich, und hin ist hin! Besondere Beliebtheit erfreuten sich auch seine Parodien auf Soldaten- und Kriegslieder. Etwa: „Russen, Franzosen und Engländer, hauen mir alle zu Knödeln!“ Reutter war übrigens ein glühender Patriot. Im Feldzuge hat er einen Sohn hingelassen, der, als dem er mit außerordentlicher Einnahme die Bühne aber hat seinen Mut und seine Lebensaufgabe nicht gebrochen.

Sein Wirken nach dem Kriege bis in seine letzten Lebensjahre hinein ist sicherlich noch zu gegenwärtig, um ausschließlich gelochert werden zu müssen. Er brachte immer etwas Neues, er hatte den anderen immer etwas voraus. Man konnte sich bei Otto niemals langweilen, und sogar die Schachspieler übten sich zu ihm herzugehen, wo er sie in mehr als hundert sehr originellen Couplets naturgetreu abmalte. Dinge und Publikum in Berlin zu konterfeien, das war seine Art, die das Publikum stets gut und verdanknisvoll aufgenommen hat.

Sonnenlicht, von vielen Menschen im Frühling hergesehnt und auch häufig nicht gern gesehen. Bient ist Sonne doch besonders im Frühjahr die Sommerprophet auf manchen sonst konnigsten Anteil zum Vorzeichen. Da hilft „Wenus-Gesetz“, ein seit Jahren bewährtes kosmologisches Prognostikon. Durch die Behandlung ihrer Dant mit „Wenus-Gesetz“ werden die jedes Gesicht entstellenden Sommerpropheten bestimmt beseitigt. Im dem noch einen jarten Zeit zu erhalten, ist die regelmäßige Benutzung der „Wenus-Zeit“ empfehlenswert. Die Verkaufsstellen sind aus der beizuliegenden Anzeige ersichtlich.

Spiel und Sport.

Sonntag findet auf unserem Sportplatz leider nur ein Spiel statt und zwar gegen die hier nicht unbekannt 1. Mannschaft des B.V.C. Kauda. Die Gäste sind uns noch seit den Verbandsspielen bekannt. Bisher ist es ihnen zwar noch nicht gelungen unsere 1. Mannschaft zu schlagen, denn die Verbandsspiele endeten in Kauda 1:1 und in Rebra 4:2 für uns. Die Gäste haben nun inzwischen beträchtlich an Spielfärke gewonnen und werden versuchen, uns morgen eine Niederlage beizubringen, was erst, aus geringen Komme, denn unsere 1. Mannschaft muß wegen Verletzung einiger Spieler mit mehreren Ersatz antreten. Doch auch der Ersatz muß sich eigentlich der Mannschaft anpassen. Rebra wird in folgender Aufstellung spielen: Ernestum R. — Berner I., Gebhardt — Berner II., Stübner, Kluge — Körner S., Bolland, Eichenkop, Eichenhorn D., Kauda. Erstmals wird morgen wieder unser früherer Mitspieler Körner für unsere Farben tätig sein. Bei einigermaßen gutem Wetter könnte es zu einem spannenden Kampf kommen und für unser sportinteressiertes Publikum sollte für morgen die Parole sein: Auf zum Fußballwettkampf!

A. R. B. 24 I gegen B. V. C. Kauda I am 15. III.
Die 2. Mannschaft fährt ebenfalls mit Erfolg nach Kauda und spielt dort gegen die gleiche Mannschaft des B. V. C. Kauda. Die Gäste konnten unserer zweiten Garnitur in beiden Verbandsspielen die Punkte abnehmen und es wird daher morgen unserer zweiten Mannschaft genau so wie im letzten Verbandspiel ergehen, nämlich den Sieg Kauda überlassen. Alle anderen Mannschaften bleiben spiellos.

Kirchliche Nachrichten

Sonntag, Deuli, den 8. März 1931.
(Wohlfühlungs-Geheimnis-Sonntag.)

Sonntagssprache: Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich, und wer nicht mit mir kammeil, der zerstreut (Luk. 11, 23).
10 Uhr: Hauptgottesdienst im Gemeindehof. (Predigt über Eph. 5, Vers 2).
12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindehof.
2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindehof.
8 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
9 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
11 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
12 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
13 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
14 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
15 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
16 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
17 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
18 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
19 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
20 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
21 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
22 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
23 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
24 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
25 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
26 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
27 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
28 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
29 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.
30 Uhr: Sonntagsschule im Gemeindehof.

